

Antrag 59/I/2026

OV Glienicke/Nordbahn, OV Hohen Neuendorf, OV Mühlenbecker Land

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft für bezahlbaren Wohnraum und kommunale Unterstützung

- 1 1. Die SPD Brandenburg setzt sich für die Grün-
- 2 dungs einer landeseigenen Wohnungsbaugesel-
- 3 schaft des Landes Brandenburg ein.
- 4 2. Ziel dieser Gesellschaft ist die Schaffung, der
- 5 Erwerb und die dauerhafte Bewirtschaftung
- 6 von bezahlbarem und sozial gebundenem
- 7 Wohnraum im gesamten Land Brandenburg.
- 8 3. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
- 9 soll die Möglichkeit erhalten, kleinere kom-
- 10 munale Grundstücke und Bestandsgebäude
- 11 von Städten und Gemeinden zu übernehmen,
- 12 zu entwickeln, zu sanieren und zu verwalten,
- 13 wenn diese selbst nicht über die personellen
- 14 oder finanziellen Ressourcen verfügen.
- 15 4. Die SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg
- 16 wird aufgefordert, die rechtlichen, organisato-
- 17 rischen und finanziellen Voraussetzungen für
- 18 eine solche Genossenschaft zu prüfen und ei-
- 19 nen entsprechenden Antrag in die politische
- 20 Beratung einzubringen.

21

22 Begründung

- 23 1. Schaffung von bezahlbarem und sozialem
- 24 Wohnraum
- 25 Brandenburg steht – insbesondere im Berliner Um-
- 26 land, aber zunehmend auch in ländlichen Regionen
- 27 – vor erheblichen Herausforderungen auf dem Woh-
- 28 nungsmarkt. Steigende Mieten, ein Mangel an sozi-
- 29 al gebundenem Wohnraum und ein unzureichendes
- 30 Neubausvolumen verschärfen die soziale Spaltung
- 31 und gefährden gleichwertige Lebensverhältnisse.
- 32 Andere Bundesländer, darunter Berlin, Bayern oder
- 33 Hessen, zeigen, dass landeseigene Wohnungsun-
- 34 ternehmen einen wirksamen Beitrag zur Entspan-
- 35 nung der Wohnungsmärkte leisten können. Eine
- 36 landeseigene Wohnungsbaugesellschaft in Bran-
- 37 denburg würde es ermöglichen, langfristig bezahl-
- 38 baren Wohnraum zu schaffen, dauerhaft in öffent-
- 39 licher Hand zu halten und sich an sozialen Kriterien
- 40 statt an Renditeinteressen zu orientieren.
- 41 Damit stärkt die SPD Brandenburg ihr sozialdemo-

42 kratisches Kernanliegen: Wohnen ist ein Grundbe-
43 dürfnis und keine Ware wie jede andere.

44

45 2. Entlastung kleiner und finanzschwacher Kommu-
46 nen

47 Viele kleine Städte und Gemeinden in Brandenburg
48 verfügen über kommunale Grundstücke oder Ge-
49 bäude, die entwickelt, saniert oder für Wohnzwe-
50 cke genutzt werden könnten. Häufig scheitert dies
51 jedoch an fehlenden personellen Kapazitäten, man-
52 gelndem Fachwissen oder eingeschränkten Haus-
53 haltsmitteln.

54 Eine landeseigene Wohnungsbaugenossenschaft
55 kann hier als verlässlicher Partner der Kommunen
56 agieren:

- 57 • Übernahme und Entwicklung kleinerer Flä-
58 chen und Bestandsimmobilien
- 59 • Professionelle Bewirtschaftung und langfristi-
60 ge Bestandssicherung
- 61 • Entlastung kommunaler Verwaltungen und
62 Haushalte

63 So wird verhindert, dass kommunales Eigentum
64 aus der Not heraus privatisiert wird oder dauerhaft
65 brachliegt. Gleichzeitig bleibt die kommunale Ein-
66 flussmöglichkeit gewahrt.

67

68 **Schlussbemerkung**

69 Mit der Gründung einer landeseigenen Wohnungs-
70 baugesellschaft verbindet die SPD Brandenburg so-
71 ziale Wohnraumpolitik mit kommunaler Solidarität.
72 Sie stärkt den öffentlichen Einfluss auf den Woh-
73 nungsmarkt, schafft konkrete Entlastung vor Ort
74 und setzt ein klares Zeichen gegen die weitere Kom-
75 merzialisierung des Wohnens.